

ser feuern mit Artillerie, die sie in den von Drusen bewohnten Bergen postiert haben, in die schiitischen Elendsviertel. Dabei können sich ihre Kanoniere auf stillschweigende Sympathie von Drusenführer Walid Dschumblat stützen, der zwar zum prosyrischen Lager gehört, sich aber vor der Übermacht der Amal fürchtet.

Komplizierte Fronten und paradoxe Allianzen sind typisch für den libanesischen Wirrwarr: Die Amal-Miliz bekämpft die Palästinensische Befreiungsorganisation, um sie daran zu hindern, durch grenzüberschreitende Operationen israelische Vergeltungsschläge zu provozieren und dadurch die schiitische Zivilbevölkerung zu gefährden und den Widerstand gegen Israel unter Amal-Führung zu stören.

Die in West-Beirut lebenden sunnitischen Moslems wiederum haben sich mit den Palästinensern verbündet, um sich gegen die Vorherrschaft der Schiitenmiliz zu wehren. Die Amal ist seit dem Abzug der westlichen Friedenstruppen die stärkste Macht im moslemischen Teil der Stadt.

Und den christlichen Maroniten ist einstweilen jeder als Verbündeter willkommen, der die syrische Vormachtstellung stört. Aus Ost-Beirut geben sie der PLO mit Artilleriesalven Feuerschutz. Gipfel der levantinischen Absurditäten: Am Donnerstag bot der israelische Erbfeind der Amal an, sich aus dem Südlibanon zurückzuziehen, wenn sie dort Ruhe und Ordnung gewährleisten könne.

Alle Bemühungen um Wiederherstellung des Friedens sind bislang gescheitert. Von den diversen Waffenstillständen, die seit dem Ausbruch der Kämpfe verkündet wurden, hielt keiner länger als eine Viertelstunde.

Feuerpausen brachte nur die Fußball-Weltmeisterschaft. Immer wenn in Mexiko arabische Kicker am Ball waren, schwiegen in Beirut die Waffen. Schwerebewaffnete Kämpfer hockten auf beiden Seiten der Front vor tragbaren Fernsehgeräten und feuerten ihre Favoriten an.

Assad könnte in diesem Dschungel nur mit einem massiven Militäreinsatz Ordnung schaffen. Doch davor schreckt er noch zurück, auch aufgrund der Erfahrung, die Israels Truppen 1982 im Libanon gemacht haben.

„Das Problem der Syrer“, kommentiert der frühere libanesische Präsident Camille Schamun, „besteht darin, ihr immer sinnloseres Libanon-Abenteuer abzubrechen, ohne dabei das Gesicht zu verlieren.“

Assad muß sogar fürchten, daß der Brand, den er mitgeschürt hat, auf Syrien übergreift. Die Bomben, die in den vergangenen Monaten in verschiedenen syrischen Städten explodierten, wurden von radikalen Moslem-Fundamentalisten gezündet – Glaubensbrüdern jener Schiiten, die in Absprache mit Assad die Beirut Palästinenser-Lager zusammenschießen.

SOWJET-UNION

Spur von Blut

Zum erstenmal steht ein ehemaliger amerikanischer Staatsbürger wegen Kriegsverbrechen vor einem sowjetischen Gericht.

Das Stadtgericht von Simferopol in der Ukraine zog in eine Werkhalle um: Die normalen Justizräume hätten den Andrang nicht bewältigt.

An den Wänden des neuen Verhandlungssaals hängen Photos von Opfern der Nazigreuel. Den Angeklagten bewachen ständig zwei Militärpolizisten.



Angeklagter Fedorenko in Simferopol
„Faschistischer Schlächter“

Richter Michail Tjutjunik hat einen ganz besonderen Prozeß zu leiten.

Vor ihm und seinen zwei Beisitzern steht seit voriger Woche ein Angeklagter, dessen Schuld für die Sowjets bereits feststeht und den die amtliche Nachrichtenagentur Tass als „faschistischen Schlächter“ brandmarkte: der Ukrainer Fjodor Fedorenko, 78, der im Zweiten Weltkrieg mit den Nazi-Okkupanten gemeinsame Sache gemacht hatte.

Der ehemalige Rotarmist hatte sich wenige Tage nach seiner Gefangennahme von der SS als KZ-Wächter anwerben lassen. In Treblinka, Stutthoff und Peletsk soll er an der Ermordung von 800 000 Juden beteiligt gewesen sein – eine Tat, die in der Sowjet-Union nicht verjährt und mit dem Tode bestraft werden kann. Fedorenko, so Tass, „ließ eine Spur von Blut hinter sich“.

Reue schien der Angeklagte bisher nicht zu zeigen: Vor 200 entsetzten Zuschauern erklärte er, ihm sei es damals vor allem darum gegangen, seine eigene Haut zu retten: „Die Opfer dachten an sich, ich dachte an mich.“

Brisant ist der Prozeß nicht nur, weil die Ukrainer nach mehr als 40 Jahren einen Landsmann wegen Kollaboration aburteilen und damit auch ein Stück eigener dunkler Vergangenheit bewältigen sollen. Der Fall hat auch internationale Dimensionen. Denn KZ-Wächter Fedorenko ist der erste Kriegsverbrecher, den Washington an die Sowjets ausgeliefert hat.

Dem Überläufer, wegen seiner Disziplin von der SS zweimal befördert, war es nach 1945 gelungen, in den USA unterzutauchen. In seinem Heimatort auf der Krim, Dschankoi, ließ er seine Familie zurück, zwei Söhne und Frau Praskowja, 75, die jetzt als Zeugin im Prozeß auftritt: „Ich habe für ihn all die Jahre gebetet, und nun stellt sich heraus, was für ein schlechter Mensch er ist.“ In Philadelphia heiratete der Auswanderer erneut und erhielt 1970 die amerikanische Staatsbürgerschaft.

Nach sowjetischem Willen soll das Verfahren gegen Fedorenko kein Einzelfall bleiben. Rund 150 weitere Auslieferungsanträge, so der Journalist Wladimir Moltschanow, Autor mehrerer Bücher über sowjetische Nazi-Kollaborateure, seien an Washington gestellt worden.

Auf der Liste Moskaus stehen unter anderen: der Este Karl Linnas, angeblich beteiligt an einem Massaker im KZ von Tartu; der Litauer Boleslaw Maikowskis, SS-Offizier und wahrscheinlich verantwortlich für die Vernichtung des Dorfes Aldrin; und der

Ukrainer Sergej Kowaltschuk, der als stellvertretender Polizeikommandant den Mord an 50 000 Juden im Getto von Ljubomil angeordnet haben soll.

Die USA, so der Vorwurf Moskaus, seien nach dem Krieg ein „sicherer Hafen“ (Tass) für Kriegsverbrecher geworden. Dabei habe Washington, so argumentiert der sowjetische Generalstaatsanwalt Alexander Rekunkow, gegen Verträge der Alliierten verstoßen. Nach diesen Abkommen seien Kriegsverbrecher nämlich unverzüglich an ihre Heimatländer auszuliefern.

Zudem empört die Sowjets, daß die Amerikaner zu spät und zu träge damit begannen, Kriegsverbrecher unter den Einwanderern aufzuspüren. So hätten viele sich rechtzeitig nach Südamerika absetzen können.

Wenig Verständnis haben die Sowjets auch dafür, daß die US-Justiz so langsam

arbeitet. Bevor ein Kriegsverbrecher aus den USA ausgewiesen werden kann, müssen ihm die Behörden die Staatsbürgerschaft entziehen. Der Beschuldigte hat das Recht, sowohl die Auslieferung wie auch den Verlust der Nationalität bis zum Obersten Gerichtshof anzufechten. In allen Verfahren müssen die US-Ankläger den Einwanderern direkte Beteiligung an Greuelthaten nachweisen – nach 40 Jahren oft ein schwieriges Unterfangen.

Trotz ihrer Kritik unterstützten die Moskauer Behörden in den letzten Jahren die US-Juristen bei der Suche nach Beweisen im Sowjetstaat. In rund zehn Fällen erlaubten sie amerikanischen Delegationen die Einreise. Richter und Anwälte konnten nach amerikanischen Prozeßregeln, etwa in Wilujus, Tartu und Tscherkesk, Zeugen vernehmen. Die amerikanischen Verteidiger durften Sowjetbürger sogar ins Kreuzverhör nehmen – diskret von Videokameras gefilmt, wie die Amerikaner bemerkten.

Unter dem Druck vor allem jüdischer US-Bürger haben die Amerikaner ihre Auslieferungspraxis in letzter Zeit ohnehin etwas gelockert: Der Ukrainer Iwan Demjanjuk, 66, wie Fedorenko Scherge in Treblinka, wurde an Israel überstellt. Und der aus Amerika abgeschobene Andrija Artuković, 86, ehemaliger Innenminister im faschistischen Ustascha-Staat „Unabhängiges Kroatien“, ist Mitte Mai von einem Zagreber Gericht als verantwortlicher Schreibtischtäter für die Ermordung von 900 000 Juden, Serben und Roma in kroatischen KZs zum Tode verurteilt worden.

Fedorenko, der den Prozeß wegen seiner Schwerhörigkeit mit Kopfhörern verfolgt, bleibt denn auch möglicherweise nicht der einzige Ex-Amerikaner, der sich vor einem Gericht in der UdSSR wegen Kriegsverbrechen verantworten muß. Doch die Sache bleibt politisch heikel:

Zum einen dürften sich die Amerikaner auch weiterhin weigern, Balten wie Linnas und Maikowski zu überstellen, da sie die Annexion Litauens, Lettlands und Estlands durch Moskau nie anerkannt haben. Erst jüngst empfing US-Präsident Ronald Reagan Vertreter der baltischen Exilregierungen im Weißen Haus.

Zum anderen gibt es keinen Auslieferungsvertrag zwischen Washington und Moskau. Die US-Behörden schoben Fedorenko deshalb im Dezember 1984 nach Prag ab – nachdem sie die Sowjets diskret über den Passagier informiert hatten.

Der hatte die Prozedur freilich selbst erleichtert. Offenbar durch die siebenjährigen Voruntersuchungen zermürbt, erklärte er sich schließlich bereit, freiwillig in die Sowjet-Union heimzukehren.

Was erst die US-Ermittler herausfanden: Er war zuvor schon dreimal als Tourist in seiner Heimat gewesen. Doch die Sowjets hatten ihn nicht erkannt.

SPANIEN

Ein bißchen Staub

Mit einer Attentatswelle vor der Parlamentswahl will die baskische Separatisten-Organisation Eta über ihre Schwäche hinwegtäuschen.

Grobschlächtig und etwas linkisch stand der Basko Domingo Iturbe Abasolo im südfranzösischen Bayonne vor Gericht und erklärte, auf baskisch, warum er zur Selbstverteidigung stets eine Pistole mit sich trage.

Mit gespielmtem Zorn forderte Staatsanwältin Sylvie Robert ein Jahr Haft. Milde blieb Richterin Marie-Thérèse Ville unter dem Antrag: Drei Monate wegen illegalen Waffenbesitzes. Für dasselbe Delikt hatte der Angeklagte vor

Oberhauptes am 27. April durch die französische Polizei gelang den baskischen Separatisten eines ihrer blutigsten Attentate: Mit einer Autobombe töteten sie im Zentrum von Madrid fünf Beamte der Guardia Civil, vier weitere wurden schwer verletzt.

Zwei Wochen später verfehlte die Eta ihr Ziel nur knapp: Als der Vorsitzende des Generalrates für Rechtsprechung in seinem gepanzerten Wagen vor einer roten Ampel stoppen mußte, wurden aus dem Kofferraum eines geparkten Autos drei Granaten auf ihn abgefeuert – sie trafen jedoch nur Kofferraum und Stoßstange.

Aus dem französischen Gefängnis heraus ordnete Eta-Chef Txomin eine Bombenaktion gegen die Touristen-Zentren am spanischen Mittelmeer an. Seitdem explodieren, wie schon in früheren Jahren, kleine Sprengsätze in Hotels und an



Krawalle beim Begräbnis eines Eta-Mitglieds: „Es sind einfach Terroristen“

drei Jahren schon einmal in Untersuchungshaft gesessen.

Schlimmere Vergehen konnte und wollte die französische Justiz dem so gutmütig wirkenden Iturbe nun einmal nicht anlasten. Dabei fahnden nur wenige Kilometer weiter südlich, jenseits der Grenze, 9000 spanische Polizisten nach dem Basken und seinen Freunden.

Denn Domingo Iturbe Abasolo, Deckname „Txomin“, 42, ist Chef der baskischen Terroristenorganisation Eta, die seit fast 20 Jahren einen blutigen Untergrundkampf für einen unabhängigen Baskenstaat führt – zuerst gegen Diktator Franco und jetzt gegen die sozialistische Regierung.

In diesem Frühjahr hat die Eta eine neue Terror-Kampagne gestartet. Nur zwei Tage vor der Verhaftung ihres

den Stränden von Marbella, Torremolinos und Benidorm – bislang meist, ohne großen Schaden anzurichten.

200 Reiseveranstalter, 100 diplomatische Vertretungen und 85 Zeitungsredaktionen in aller Welt erhielten vorige Woche eine briefliche Aufforderung der Terrororganisation, sie sollten alle Spanien-Urlauber „auf die echte Gefahr hinweisen“.

Mit Mordanschlägen auf Polizisten und Bomben gegen Touristen will Eta die Madrider Regierung zu Verhandlungen über eine Generalamnestie für inhaftierte Eta-Terroristen, den vollständigen Abzug der spanischen Polizei und die Unabhängigkeit des Baskenlandes zwingen. Doch Innenminister José Barriuevo bleibt hart: „Mit Terroristen reden wir nicht.“